



Aufwertungs-Gegner Kiesinger
Wandel durch Realitäten?

sten werde. Der Schuß traf den Schützen.

Kaum war die Nachricht von den Münchner Zahlen-G'schichten nach Frankfurt gedrungen, rief Blessing fassungslos bei Schiller an: „Wo hat er nur diese Zahlen her?“ Die beiden waren sich einig, daß Straußens Alleingang im Ausland als eine definitive Ankündigung verstanden werden und die deutsche Position in internationalen Währungsverhandlungen erschüttern würde.

Sie hatten recht. Die Londoner „Times“ meldete die von Strauß genannten Prozentsätze per Schlagzeile. Strauß-Kommentar: „Da sehen Sie den ganzen Jammer der Menschheit. Für die ist das ganze Problem gelöst, wenn die Deutschen einseitig aufwerten.“

Die wildeste Währungsspekulation seit dem November brach aus. Schillers Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Dieter Arndt: „Seit Strauß das gesagt hat, rauschen die Devisen nur so rein.“

Allein am letzten Mittwoch zwischen neun und 16 Uhr mußte die Bundesbank 1,8 Milliarden starke Mark gegen schwache Devisen hergeben. Noch Schlimmeres konnten Bundesbank und Banque de France nur durch massive Stützungskäufe verhindern.

Am selben Tag, nach der Kabinettsitzung, rief Kiesinger die Minister Strauß und Schiller zu sich. Wortreich entschuldigte sich der Bayer für seinen Patzer, Schiller versuchte den Kanzler gleich auf die Aufwertung festzulegen. Die Bauern könne man ja damit beruhigen, daß die Ausgleichszahlungen unverzüglich in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt würden. Aber der Kanzler sträubte sich.

Auch Bauernminister Höcherl, der wenig später mit einem fertigen Subventionsplan für den Fall der Aufwertung ins Kanzleramt eilte, fand bei Bauernfänger Kiesinger keine Gnade. Der Plan ging ihm nicht weit genug.

Bundesbankpräsident Blessing, so versicherte er um Vertagungsgründe

nie verlegene Kiesinger seinen Gesprächspartnern, habe versprochen, den Spekulationsdruck bis zur Bildung einer handlungsfähigen französischen Regierung — das heißt, bis Anfang Juni — mit hauseigenen Mitteln aufzufangen. Danach lasse er, Kiesinger, über ein internationales „Realignement“ (eine multilaterale Wechselkursänderung) mit sich reden; vorausgesetzt freilich, es fänden sich Partner, die mitmachten.

Kanzler-Interpret Ahlers drückte es vor der Presse so aus: Kiesingers Schwur gegen die Mark-Aufwertung sei nach wie vor gültig, „bis er durch die Realitäten verändert“ werde.

Erleichtert flogen die heimlichen Aufwertungsgegner Kiesinger und Strauß am Tag der Arbeit nach nicht getaner Arbeit gemeinsam in des Kanzlers „Hansa“-Jet gen Süden, der Schwabe nach Stuttgart, der Bayer nach München.

Aufwertungsfreund Schiller, der längst erkannt hat, daß jeder Tag Aufschub die deutsche Volkswirtschaft nur noch teurer zu stehen kommt, ging allein auf Partnersuche. Seinen geschicktesten Unterhändler, den Ministerialdirektor und versierten Banker Wilhelm Hankel, der gerade von einem Währungsgespräch mit US-Finanzminister Kennedy zurückgekehrt war, schickte Schiller gleich am Donnerstag nach Paris.

Dort soll der schnurrbärtige Hankel (Schiller: „der Armenier“) erreichen, was seinem Minister in Bonn nützen kann: die Franzosen jetzt schon für die Franc-Abwertung zu gewinnen, damit Schillers Bonner Partner die Furcht vor der Mark-Aufwertung verlieren.

Schiller zum SPIEGEL: „Die Situation nützen, das ist zur Zeit meine Devise.“

Strauß zum SPIEGEL: „Es ist ganz gut, daß die Gemüter sich etwas ausleben, dann werden sie nachher auch wieder ruhiger.“

Ob allerdings bayrische Stammtisch-Psychologie helfen wird, ist zweifelhaft. Am Freitag letzter Woche brandeten wieder für 1,2 Milliarden Mark Spekulantendevisen in die Kasse der Bundesbank.

DEVISEN-SPEKULATION

Einfach schaufeln

Die Ruhe nach der Bonner Währungskonferenz Ende 1968 dauerte fünf Monate und fünf Tage. Dann brach die Spekulation von neuem los.

Nach dem Sturz de Gaulles gerieten nacheinander Frankreichs Franc und Englands Pfund ins Wanken. Bis Freitag vergangener Woche waren neben den abwertungsgefährdeten Währungen Skandinaviens und dem belgischen Franc auch die aufwertungsverdächtigen Valuta Schweizer Franken, italienische Lira und Deutsche Mark vom Spekulationsfieber befallen.

Zum siebtenmal seit der Pfund-Abwertung vom Herbst 1967 taumelte damit das Währungssystem der west-

lichen Welt am Rande eines Desasters. Und zum siebtenmal seit Herbst 1967 ließen sich Notenbankiers sowie Wirtschafts- und Finanzminister der betroffenen Länder unvorbereitet von den „monetären Schockwellen“ („New York Times“) überrollen:

- ▷ Weil arabische Scheichs und internationale Ölkonzerne ihre Pfundguthaben auflösten, hatte Großbritanniens Premierminister Harold Wilson im November 1967 das Pfund Sterling um 14,3 Prozent abwerten müssen;
- ▷ auf eine Meldung der Pariser Zeitung „Le Monde“ hin, wonach Frankreich seine Mitarbeit im sogenannten Goldpool europäischer Notenbanken zur Stützung der US-Goldreserven in Fort Knox eingestellt habe, geriet im Dezember 1967 Amerikas Dollar unter Druck;
- ▷ Anti-Dollar-Spekulanten waren auch am Werk, als im März 1968 ein hektischer Run auf das Gold die mächtigsten Notenbanken der Welt zwang, für Währungsgold ein Verkaufsverbot zu erlassen;
- ▷ Studentenunruhen und ein mehrwöchiger Generalstreik in Frankreich waren im Mai letzten Jahres Ursache einer ersten massiven Flucht aus dem Franc;
- ▷ Gerüchte an den internationalen Devisenbörsen, daß Englands chronisches Zahlungsbilanzdefizit eine neue Pfund-Abwertung notwendig mache, konnten Westeuropas Währungsbankiers im Juli 1968 nur durch einen Acht-Milliarden-Mark-Kredit für die sieche Britenwährung zum Verstummen bringen;
- ▷ vage Hoffnungen französischer und britischer Devisenhändler auf eine unmittelbar bevorstehende Aufwertung der Mark führten ver-



Aufwertungs-Befürworter Blessing
Wechsel der Paritäten?

gangenen November zu einem Sturm auf das deutsche Geld; Franc, Pfund, Dollar und ein Dutzend andere Währungen gerieten in Abwertungsgefahr.

▷ de Gaulles Abgang schließlich war vergangene Woche für die Internationale der Währungsspekulanten Anlaß, Franc in Massen zu verkaufen und auf D-Mark umzustei- gen.

Die November-Krise hatten Bonns Wirtschaftsminister Schiller und Frankreichs Staatschef de Gaulle notdürftig gestoppt: Schiller durch steuerliche Manipulationen der Ein- und Ausfuhr und de Gaulle durch die schärfsten Devisenkontrollen seit Kriegsende. Die Ursachen der chronisch wiederkehrenden Spekulation waren dadurch freilich nicht beseitigt.

Diese Ursachen liegen im gegenwärtig praktizierten Währungssystem der westlichen Welt begründet, das den Wert jeder einzelnen Währung nach einem bestimmten Kursverhältnis zum US-Dollar (Fachwort: Parität) bemißt. Die Paritäten wurden nach dem Krieg im wesentlichen willkürlich fixiert und seitdem nur in Ausnahmefällen geändert.

Für die feste Geldordnung hatten sich die Notenbankiers und Finanzminister der westlichen Welt in der Annahme entschieden, daß sich der innere Geldwert in allen Ländern in gleicher Weise entwickeln würde. Die Annahme erfüllte sich nicht. Da die einzelnen Regierungen der Kaufkraftstabilität ihrer Währung unterschiedliche Bedeutung vor anderen Zielen — etwa Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum — beimaßen, stiegen die Preise von Land zu Land unterschiedlich an.

So büßte beispielsweise der französische Franc in den vergangenen fünf Jahren annähernd 23 Prozent seines inneren Wertes ein. Die Deutsche Mark hingegen kam mit zwölf Prozent Wertverlust im Innern davon.

Trotzdem blieb der offizielle Wechselkurs zwischen Mark und Franc unverändert bestehen: ein Franc gleich 81 Pfennig. Und wie zwischen Mark und Franc gelten noch heute wie vor Jahren dieselben Währungsparitäten zwischen Mark und Dollar, Dollar und Lira, Lira und Schwedenkrone, Krone und Schweizer Franken — obgleich auch deren Kaufkraft unterschiedlich sank.

Die starre Währungsordnung schädigte vor allem diejenigen Länder, die — wie etwa die Bundesrepublik — die Preisstabilität als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik verfolgten. Denn im System fester Wechselkurse muß selbst die konsequenteste Stabilitäts-Politik erfolglos bleiben, wenn die Handelspartner keine Preisdisziplin üben. Gleichsam wie bei kommunizierenden Röhren strömt die überschüssige Kaufkraft der Inflations-Länder in die preisstabilen Staaten.

Als im vergangenen Jahr in Frankreich die Preise und Löhne um mehr als zehn Prozent stiegen, schnellten auch Frankreichs Importe aus Westdeutschland (Geldwertschwund 1968:

1,5 Prozent) um 22 Prozent gegenüber 1967 (von zehn Milliarden auf 12,2 Milliarden) hoch.

Der Frankfurter Devisenhändler Ulrich Hörstel brachte den Vorgang auf die Formel: „Die Franzosen gaben uns ihr schlechtes Geld und erhielten dafür gute Maschinen.“

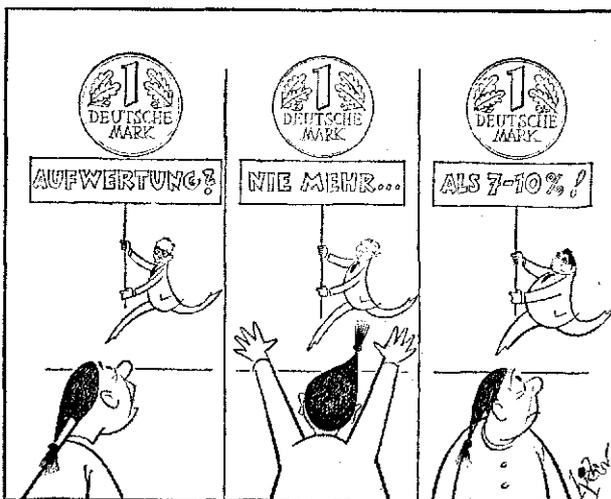
Wegen solcher Ungerechtigkeiten, die nicht allein das Verhältnis von Mark zu Franc bestimmen, treten daher seit langem fast alle Nationalökonomien von Format für die Abschaffung des Systems fixierter Wechselkurse ein und verlangen statt dessen die Freigabe der Devisen-Notierungen. In einem solchen Fall würde sich der Kurs einer Währung entgegen der

Noch größere Unruhe und noch mehr Spekulation als in den vergangenen Jahren sind freilich kaum noch denkbar. Seit der Bonner Währungskonferenz vom November letzten Jahres mußten Fachminister und Notenbankiers Westeuropas und der USA wiederholt zusammenkommen, um Eventualpläne zu erarbeiten, wie das gegenwärtige System starrer Kurse vor dem Ausbruch neuer Spekulationswellen zu schützen sei.

Italiens Notenbank-Gouverneur Guido Carli etwa hatte die Idee, alle Spekulationsgelder aus Inflations-Ländern durch die Zentralbanken der stabilen Länder zurückschaufeln

(Fachwort: „reshuffling“) zu lassen. Bonns Schiller sekundierte: In die Schaufelaktion könnten außer den Noteninstituten die privaten Banken und — über die Zeichnung besonderer Anleihen — auch die Kleinsparer einbezogen werden.

Von den Währungsbanken der Überschußländer wurden freilich beide Pläne sogleich verworfen. Vor allem der Chef der Frankfurter Bundesbank Karl Blessing räsionierte: Im täglichen Geschäft der Notenbanken könne nicht immer zwischen Spekulations-



Copyright: Die Welt (Hicks)

heutigen Praxis behördlich verordneter Kurse an den Devisenmärkten je nach Angebot und Nachfrage einstellen. Steigen die Zahlungsbilanz-Überschüsse eines Landes, steigt an den Devisenmärkten auch die Nachfrage nach der Landesvaluta. Mithin klettert die Notierung. Umgekehrt: Wachsen infolge zu laxer Preispolitik eines Landes die Importe schneller als die Ausfuhren, sackt der Kurs des Defizitlandes automatisch ab.

Dieses System flexibler Wechselkurse ist nicht allein ehrlicher als das bestehende; vor allem zwingt es die Staaten zu mehr finanzieller Solidität. Denn jeder durch wirtschaftliche Fehler verursachte stärkere Preisauftrieb würde sofort den Wechselkurs drücken. Dadurch würden jene Politiker entlarvt, die ihre Bürger etwa durch Wahlgeschenke und Gefälligkeitsubventionen überzeugen wollen.

Tatsächlich haben denn auch die Wirtschaftspolitiker aller Länder die flexiblen Kurse verteuft. Bereits 1964 hatte der Sachverständigenrat, der alljährlich der Bundesregierung über die wirtschaftliche Entwicklung berichtet, freie Wechselkurse empfohlen. Die Antwort Ludwig Erhards: „Die Bundesregierung zögert nicht, diese Ansicht des Sachverständigenrates abzulehnen.“ Begründung: Die Volkswirtschaft würde durch andauernd „wechselnde Kurserwartungen und spekulative Kapitalbewegungen“ beunruhigt.

tionsgeld und wirtschaftlich begründetem Kapitalzufluß unterschieden werden. Außerdem könnten die Politiker währungsschwacher Länder das automatische reshuffling als Freibrief für weitere wirtschaftliche Schlampeirei betrachten und am Ende gar die Lust an der Sanierung ihrer Finanzen verlieren.

Blessing setzt daher wie Wirtschaftsminister Schiller seit kurzem seine Hoffnungen auf eine weltweite Neufestsetzung der Paritäten, ein sogenanntes „realignment“. Hiernach sollen die schwachen Währungen wie Franc und Pfund abgewertet, die starken Valuta wie Mark und Schweizer Franken hingegen aufgewertet werden.

In der vergangenen Woche bereits schickten Schiller und Blessing ihre Fachbeamten für internationale Währungsfragen, Staatssekretär Schöllhorn und Bundesbankdirektor Emminger, zum Internationalen Währungsfonds nach Washington, um in dieser Frage vorzufühlen. Über das Ergebnis der Gespräche schwiegen sich die Herren bisher aus.

Vor den Kameras des amerikanischen Fernsehens verriet der angesehene Währungsfachmann Robert Triffin jedoch, wann das Währungs-Revirement aller Wahrscheinlichkeit nach stattfinden werde. Triffin: „Noch in diesem Sommer.“